

Darlehenserlass könnte zur Krux werden

Bis zur nächsten Abstimmung ist es noch knapp einen Monat: Im Videoduell liefern sich Gegner und Befürworter den ersten Schlagabtausch.

Daniela Fritz

Am 1. Dezember ist das Volk das achte und letzte Mal in diesem Jahr gefragt: Zur Abstimmung steht das Massnahmenpaket zur Neuausrichtung der staatlichen Pensionskasse – der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein (SPL). Der Landtag hat dem im September mit 22 Stimmen zugestimmt, eine Gruppe rund um den Abgeordneten Herbert Elkuch (DpL) hat jedoch das Referendum ergriffen. Konkret stört sich die Referendumsgruppe an zwei der vier Massnahmen: Die Umwandlung des 2014 gewährten Darlehens in Eigenkapital sowie die Ausfinanzierung der bestehenden Renten in Höhe von 46,7 Millionen Franken. Das Land trägt 40,1 Millionen, den Rest übernehmen die Arbeitgeber. Weitgehend unumstritten ist hingegen die Ausgliederung der ehemaligen PVS-Rentner in ein geschlossenes Vorsorgewerk (Gesamtkosten: 23,5 Mio., Land: 18 Mio.) und die Einführung variabler Renten. Es steht allerdings das ganze Paket, nicht einzelne Massnahmen zur Abstimmung.

Im Vaduzer Medienhaus trafen erstmals Befürworter und Gegner zu einem Videoduell zusammen und stellten sich den Fragen von «Vaterland»-Redaktorin Valeska Blank. Herbert Elkuch vertrat als Kopf die Referendumsgruppe und Regierungschef Daniel Risch verteidigte das von Regierung und Landtag beschlossene Massnahmenpaket.

Warum muss man der SPL schon wieder aushelfen?

Schon im Frühjahr hatte Risch angekündigt, «er werde kämpfen wie ein Löwe». Er sieht das Land als Arbeitgeber in der Pflicht, das staatliche Vorsorgewerk gut aufzustellen. Obwohl der Regierungschef nicht von einer Sanierung der SPL sprechen möchte, fragt man sich als



Herbert Elkuch von der Referendumsgruppe (links) und Regierungschef Daniel Risch stellten sich im Videostudio des Vaduzer Medienhauses den Fragen von «Vaterland»-Redaktorin Valeska Blank. Bilder: Nils Vollmar

Bürger dennoch, warum denn der staatlichen Pensionskasse schon wieder unter die Arme gegriffen werden muss.

Das bedauert zwar auch Risch im Videoduell. Das Problem der SPL sei, dass die Politik vor zehn Jahren die Kasse nicht so repariert hätte, wie es bei anderen Kassen üblich gewesen wäre: Nämlich eine gänzliche Ausfinanzierung statt eines teilweisen Darlehens. Damit konnte die staatliche Pensionskasse keine entsprechenden Reserven aufbauen, um risikofähiger zu sein. Zudem gäbe es einen übergrossen Anteil an Rentnern. «Die Politik hat in der Vergangenheit Versprechen gegeben, die nicht aufgegangen sind», so Risch. Das Problem liege vor allem in der unerwünschten Umverteilung zwischen Aktivversicherten und Rentnern, dem müsse man jetzt entgegenwirken. Die geplanten Massnahmen würden das Pro-

blem an der Wurzel packen. «Da wird auch nichts mit Geld zugedeckt», betonte Risch. Im Gegenteil: Würde man einfach Geld nachschiessen, erhöht sich zwar der Deckungsgrad, aber die problematische Umverteilung ginge weiter.

Bekommt die SPL eine Vorzugsbehandlung?

Andererseits ist es immer nur die staatliche Pensionskasse, die in Schieflage kommt. Dabei mussten alle Kassen in einem niedrigen Zinsumfeld bestehen, was laut Herbert Elkuch Hauptursache für die Umverteilung ist. Er bezweifelt denn auch, dass die Umverteilung mit den Massnahmen gestoppt wird. «Die anderen Pensionskassen sind aber auf einem ganz anderen Niveau gestartet», entgegnete Risch. Die SPL habe nicht schlecht gewirtschaftet, wie auch mehrere Experten bestätigten hätten.

Elkuch erkennt hingegen durchaus Fehler. 2021 hätte die SPL die Verzinsung des angesparten Kapitals bei vergleichsweise hohen fünf Prozent angesetzt. «Wäre die SPL mit dem Zins tiefer geblieben, wäre mehr Geld für einen besseren Deckungsgrad oder für Wertschwankungsreserven übrig geblieben», findet Elkuch. «Einmal in zehn Jahren gab es eine Verzinsung, mit der die Umverteilung in die andere Richtung ging. Das kann man der SPL nicht zum Vorwurf machen», fand wiederum Risch. Damals habe die Performance eine relativ hohe Verzinsung erlaubt. Gleichzeitig lag die «ungerechte» Umverteilung zwischen Aktivversicherten und Rentnern zu diesem Zeitpunkt bereits bei 97 Millionen (heute 102 Millionen).

Der Kopf der Referendumsgruppe wiederum bezweifelt, dass die geplanten Massnahmen nötig sind, damit die staatliche Pensionskasse weiter bestehen kann. «Man nimmt niemandem etwas weg, wenn man mit Nein stimmt. Es bleibt einfach alles, wie es ist», plädierte

er für Unterstützung des Referendums. Elkuch fürchtet vielmehr eine Ungleichbehandlung zu anderen Kassen, die würden auch nicht ausfinanziert. «Dann müssten die Arbeitgeber, kleine Betriebe, auch für eine Ausfinanzierung einspringen», so Elkuch. «Ja, das müssten sie», gab ihm der Regierungschef recht. Die Arbeitgeber stünden bei einer finanziellen Schieflage der Pensionskassen in der Verpflichtung. Genauso, wie es der Staat nun im Falle der SPL als Arbeitgeber auch macht. Bei einem Nein würde das Problem aus Rischs Sicht nur auf die nächsten Legislaturen verschoben.

Entscheidung müsse wie 2014 beim Volk liegen

Dass das Volk einbezogen wird, ist das Hauptanliegen der Referendumsgruppe. Für Elkuch muss die Entscheidung, ob das damalige Darlehen der Pensionskasse «geschenkt» werden soll, beim Volk liegen. Auch 2014 sei schliesslich abgestimmt worden.

Risch entgegnete, dass es bei der Volksabstimmung 2014 aber nicht über das Darlehen per se ging. Die Initiativen «Win-win» und «WinWin50» hätten vielmehr einen höheren technischen Zinssatz sowie die Verzinsung des Darlehens gefordert. Das Volk lehnte die Initiativen jedoch ab: Die Pensionskasse wurde daraufhin mit 200 Millionen ausfinanziert und erhielt zusätzlich ein unbefristetes und zinsloses Darlehen von 100 Millionen. Dieses müsste in Tranchen von 25 Millionen zurückgezahlt werden, wenn der Deckungsgrad zwei Jahre lang bei über 105 Prozent liegt. Das war bisher bei weitem nicht der Fall, mittlerweile weist die SPL aber zumindest einen Deckungsgrad von 101,8 Prozent auf.

Darlehen war ein Fehlkonstrukt

Ein Fehlkonstrukt, wie Risch im Nachhinein findet. Wenn die SPL einen besseren Deckungsgrad aufweist, müsste sie das

Darlehen zurückzahlen. «Dann haut das die SPL immer wieder zurück», erklärte Risch. Aufgrund dieser Situation herrsche zwischen der SPL und anderen Pensionskassen schon gar keine Gleichbehandlung, denn diese müssten kein Darlehen zurückzahlen.

Risch konfrontierte Elkuch, der 2013 bereits Abgeordneter war, mit seinem damaligen Abstimmungsverhalten im Landtag. 2013 hatte sich Elkuch gegen ein Darlehen ausgesprochen und hätte stattdessen die Pensionskasse gänzlich ausfinanziert. Nun schlage die Regierung eigentlich genau das Gleiche vor, weil sie nicht mehr mit einer Rückzahlung rechnet. «Und jetzt wollen Sie der Kasse das Geld nicht geben – was ist passiert in den letzten 10 Jahren?», fragte Risch. Er versteht zwar, dass man die Umwandlung des Darlehens in Höhe von 93,4 Millionen in Eigenkapital

als «Schenkung» interpretieren könnte. Das Geld fliesse aber nicht erneut in die Pensionskasse, betonte Risch.

Es werde ihr aber überlassen, entgegnete Elkuch: «Sie müssen es nicht mehr zurückzahlen. Bei der Volksabstimmung von 2014 war das ein ganz wichtiger Punkt – deshalb sollte auch erneut das Volk entscheiden.» Aus seiner Sicht ist diese Massnahme unnötig. «Die Pensionskasse kann mit dem heutigen Deckungsgrad alle Verpflichtungen erfüllen, ohne auf das Darlehen angewiesen zu sein», argumentierte Elkuch. Bei der Berechnung des Deckungsgrades werde das Darlehen nicht berücksichtigt, in Wahrheit liege dieser also noch höher. Er schätzt etwa bei 107 Prozent. Aber selbst dann sei die SPL nicht so gut aufgestellt wie andere Pensionskassen, entgegnete Risch. So liege der Deckungsgrad bei der Stiftung Sozialfonds, der 1740 Betriebe und 9300 Versicherte abgeschlossen sind, aktuell bei 114 Prozent.

Der Hauptfokus des Pakets liegt aus Sicht des Regierungschefs aber gar nicht auf dem Darlehen. «Wir haben ein Problem mit der Umverteilung. Das ist unabhängig vom Deckungsgrad», betonte Risch. 100 Millionen Franken seien von den Aktivversicherten zu den Rentnern geflossen, dem sollen die Massnahmen nun entgegenwirken. «Wenn man ein Problem angeht, dann kann man diesen Konstruktionsfehler aber nicht ignorieren», begründete Risch, warum die Umwandlung des Darlehens in Eigenkapital mit aufgenommen wurde. Diese Entscheidung könnte allerdings das gesamte Paket kosten, falls das Volk am 1. Dezember der Argumentation der Gegner folgt.

Hinweis

Das Videoduell finden Sie im Internet unter www.vaterland.li.

«Die Pensionskasse kann mit dem heutigen Deckungsgrad alle Verpflichtungen erfüllen, ohne auf das Darlehen angewiesen zu sein.»



Herbert Elkuch
Abgeordneter und Kopf der Referendumsgruppe

«Wir haben ein Problem mit der Umverteilung. Wenn man das angeht, kann man den Konstruktionsfehler des Darlehens aber nicht ignorieren.»



Daniel Risch
Regierungschef